

Mit Wind- und Solarstrom weiter in den wirtschaftlichen Niedergang

geschrieben von Admin | 10. Juni 2025

Mit zufälligem Wind- und Solarstrom kann kein Land sicher und bezahlbar versorgt werden. Politiker glauben dies aber und die Medien verbreiten es.

**von Prof. Dr.-Ing. Hans-Günter Appel Pressesprecher NAEB e.V.
i.L. Stromverbraucherschutz**

Es kann nicht oft genug wiederholt werden. Strom muss in dem Augenblick erzeugt werden, in dem er gebraucht wird. Der Zufallsstrom aus Sonne und Wind ist für eine sichere Stromversorgung nicht geeignet. Er kann nur begrenzt in ein Stromnetz eingespeist werden, dessen Frequenz von den großen rotierenden Turbinen und Generatoren der Kraftwerke stabil gehalten wird (Momentan-Reserve). Die Kraftwerke regeln auch die Netzleistung auf den Bedarf. Die Kraftwerksleistung muss mindestens 40 Prozent betragen, damit das Netz stabil bleibt. Es ist eine Utopie zu glauben, man könne ein Land nur mit Zufallsstrom aus Sonne und Wind (Fakepower) versorgen. Doch dieser Glaube ist durch ständige Wiederholung in fast allen Medien und politischen Statements in großen Teilen der Bevölkerung fest verankert. Er ist Grundlage für Klimagesetze, die inzwischen von der Verfassung gefordert werden.

Wind- und Solarstrom ist wertloser als Kraftwerkstrom

Für viele Politiker und Journalisten ist unzuverlässige Fakepower und regelbarer Kraftwerkstrom mit Momentan-Reserve gleichrangig. Es werden einfach die Jahresproduktion und die installierten Leistungen verglichen. Das ist falsch. Windturbinen an Land leisten je nach Wetterlage zwischen 0 und 60 % der installierten Leistung. Die mittlere Jahresleistung liegt bei 20 %. Solaranlagen haben Leistungen zwischen 0 und 70% mit einer mittleren Leistung von 10 %. Kraftwerke können dagegen ständig ihre installierte Leistung abgeben und bei Bedarf kurzfristig sogar 10 % Überlast liefern. Ihre Leistung kann in einem großen Bereich geregelt werden. Fakepower ist deutlich teurer als Kraftwerkstrom, hat aber einen geringeren Wert, weil eine zuverlässige und regelbare Leistung fehlt.

Speicherung von Strom aus Sonne und Wind in Akkus, Pumpspeicherwerken, Druckspeichern oder Wasserstoff macht den Strom noch viel teurer. Zu den Kosten der Anlagen, den Speicherkosten, kommen die Umwandlungsverluste des Stroms in die chemisch oder mechanisch gebundene Energie der Energieträger. Die Verluste liegen bei 20 – 40 Prozent. Die

Rückverstromung von gespeichertem Wasserstoff hat Verluste bis zu 90 Prozent. Das heißt, Strom aus mit Fakepower erzeugtem Wasserstoff kostet mehr als einen Euro pro Kilowattstunde.

Ideologie und Fachkenntnisse steuern die Energiepolitik

Es ist ein Trauerspiel. Die Entwicklung von Deutschland beruhte lange auf den Grundlagen der Naturwissenschaften. Forscher führten das Land technologisch und wirtschaftlich in die Weltspitze. Maßgebend für die Energiepolitik heute sind ideologische Vorstellungen von Politikern, die – oft als Studium-Abbrecher – keine ausreichenden Kenntnisse der Naturwissenschaften haben. Ideologen kennen die reine Wahrheit. Sie brauchen keine Fachleute. Stichhaltige Warnungen vor den Folgen der Politik und Änderungsvorschläge werden nicht wahrgenommen oder sogar mit Entzug von Forschungsgeldern oder beruflichen Nachteilen bestraft. Profiteure unterstützen die Ideologen massiv. Sie kassieren mit der Energiewende aus den sicheren Einspeisevergütungen und vielfältigen Subventionen hohe Profite, die vorwiegend die Haushalte mit geringem Einkommen aufbringen. Eine unsoziale Umverteilung von unten nach oben.

Auch die neue Bundesregierung mit Friedrich Merz (CDU) und Lars Klingbeil (SPD) wollen die Energiewende zur Weltklimarettung weiter treiben. Zur Stützung sind über 100 Milliarden Euro/Jahr vorgesehen. Das sind über 1.000 Euro/Einwohner. Damit werden unter anderem die Einspeisevergütungen im zweistelligen Milliardenbereich gezahlt, um den Strom optisch zu verbilligen. Die Stromrechnung wird so geringer, aber stattdessen steigen die Steuern. Es ist eine Irreführung der Stromkunden. Die Stromkosten werden verschoben, aber nicht vermindert.

Mit Subventionen wird Strom nicht billiger

Die Energiewende hin zu Wind- und Solarstrom soll weiter mit hohen staatlichen Subventionen und Beihilfen gestützt werden. Der Industrie soll mit subventioniertem Strom geholfen werden. Betrieblich genutzte Elektro-Autos sollen mit hohen Zuschüssen Käufer locken. Dies und vieles mehr geschieht in dem Glauben, Fakepower sei gleichwertig mit Kraftwerkstrom. Ein gravierender Irrtum.

Stromkosten können nur mit Beendigung der Energiewende reduziert werden, die mit vielen Gesetzen und Verordnungen mit tausenden Paragraphen durchgesetzt werden soll. Viele Paragraphen sollen den Ausbau der Sonnen- und Windstromanlagen schnell vorantreiben. Als Vorwand dient das Erreichen der Klimaziele. Dazukommen die Subventionen und andere Unterstützungen für die Profiteure. Mit dem Wegfall all dieser Gesetze würde die Verwaltung im Bund, den Ländern und Kommunen wieder deutlich verschlankt, denn diese Gesetze durchzusetzen und zu überwachen, erfordert viel Personal und Kosten.

Abgaben auf CO₂-Emissionen vernichten Industrie und Wohlstand

Außerdem müssen die Steuern und Abgaben auf CO₂-Emissionen abgeschafft werden. Die politische Aussage, höhere CO₂-Emissionen würden zu einer kritische Erwärmung der Erde führen, ist unbewiesen. Als Tatsache, sicher belegt, ist dagegen, dass CO₂ lebensnotwendig ist, dass Pflanzen es brauchen und bei höheren CO₂-Gehalten stärker wachsen. Im Umkehrschluss bedeutet dies: Würde die Energiewende- und Klimaschutzpolitik den CO₂-Gehalt der Luft immer weiter verringern, müssten Mensch und Tier verhungern. Es wird Zeit, CO₂-Gehalte in der Luft realistisch zu bewerten.

Das gilt auch für die „Wirtschaftsweisen“, die die Bundesregierung beraten. Professor Veronika Grimm als Mitglied dieser Gruppe will die Energiewende „marktwirtschaftlich“ durchsetzen. Steuern und Abgaben auf CO₂-Emissionen sollen steigen, bis die mit Kohle, Gas oder Öl betriebenen Kraftwerke unwirtschaftlich sind und schließen müssen. Dies ist keine Marktwirtschaft, sondern ein massiver Eingriff in die Marktwirtschaft zur Vernichtung unserer Wirtschaft und unseres Wohlstandes. Doch die EU will die ständig weiter steigende Abgabe auf CO₂-Emissionen EU-weit auf Beschluss des EU-Parlaments einführen. Damit wird der Strompreis in Europa in unwirtschaftliche Höhen steigen und die Wirtschaft vernichten. Eine Ausnahme könnte Frankreich mit seinen Kernkraftwerken sein.

Zurück zur Marktwirtschaft

Eine wirtschaftliche Stromversorgung für alle kann es nur in einer Marktwirtschaft geben. Jeder muss das Recht haben zu entscheiden, welche Versorgung für ihn optimal ist. Kontrollieren sollte der Staat nur, ob fairer Wettbewerb herrscht. Dazu gehört auch, die Restriktionen für die Fracking-Förderung von Gas und Öl aus den deutschen Lagerstätten aufzuheben. Mit diesen heimischen Energieträgern kann Deutschland seine Abhängigkeit und damit Erpressbarkeit vom Ausland erheblich reduzieren. Es muss der Regierung wieder klar werden: Wer Zugriff auf Energie hat, hat Macht. Ohne Energie und auch mit unzuverlässiger Energie (Fakepower) sind wir machtlos und verteidigungsunfähig.

Doch die Regierung besteht weiterhin darauf, die CO₂-Emissionen aus fossilen Brennstoffen zu beenden. Sie will weiterhin die Kohlekraftwerke schließen, obwohl diese den günstigsten regelbaren Strom mit Momentan-Reserve liefern. Mit dieser widersinnigen Haltung kann es zu keiner nachhaltigen Minderung der Strompreise kommen. Betriebe werden weiter abwandern oder müssen Insolvenz anmelden. Die Kaufkraft der Bevölkerung sinkt. Der wirtschaftliche Niedergang geht weiter.

Zurück zu fossilen Brennstoffen

Wir brauchen eine Regierung, die die Energiewende und den Klimaschutz ohne Scheuklappen auf den Prüfstand stellt, die Kohle, Erdöl und Erdgas nicht verteufelt und die eine Marktwirtschaft ohne Restriktionen zur Versorgung mit sicherer und bezahlbarer Energie garantiert. Die großen Länder, die USA, China, Indien und Russland haben das verstanden. Ihre günstige Stromversorgung basiert auf Kohle-und Gaskraftwerken, ergänzt durch Kern- und Wasserkraft. Fakelpower, also Sonne- und Windstrom, spielt in diesen Ländern eine untergeordnete Rolle, die die Netzstabilität nicht gefährdet. Müssen wir erst einen tagelangen Blackout erleben, bis die Regierungspolitik sich ändert?